



Protokoll des RuTi-Plenums vom 11.12.2023, neues Rathaus, 16:00-18:00 Uhr

anwesend:

1. Sara Hooke, kargah e.V.
2. Dieter Räger, DGB-Bezirk Hannover
3. Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
4. Markus Breuckmann, Kath. Kirche Hannover
5. Lipi Mahjabin Ahmed, IIK e.V.
6. Mecbure Oba, IIK e.V.
7. Dr. Claudia Cerbe-Farajian, DRK Region Hannover
8. Durdane Erseker, Johanniter-Unfall-Hilfe
9. Dang Chau Lam, Vietnamzentrum e.V.
10. Monika Neveling, Bündnis 90/Die Grünen
11. Bruno Adam Wolf, Piraten
12. Annika Gießler, Janusz Koczar Verein für humanitäre Flüchtlingshilfe
13. Ursula Herzog-Karschunke, LHH-SBM Misburg-Anderten
14. Lea Schönberger, Caritasverband Hannover e.V.

Entschuldigt: Peyman Javaher-Haghighi (kargah e.V.), Ingrid Lange,
Protokoll: Mecbure Oba

1. Begrüßung

Sigmar Walbrecht begrüßt alle Anwesenden, die sich anschließend kurz vorstellen.

2. Das Protokoll vom 25.09.2023

Das Protokoll wird genehmigt.

3. Austausch zur Situation von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Hannover, Referent:innen angefragt

- Diese beiden Themen sollten getrennt voneinander eigene Tagesordnungspunkte sein.
- Angefragte Referent:innen konnten den Termin heute nicht wahrnehmen. Dazu Herr Wolf: RuTi hätte ihn kontaktieren können, Kontakte und kürzere Wege zu Fachleuten vorhanden

- in der Gedenkstätte Ahlem kam es kurz nach dem Angriff der Hamas auf Israel (07.10.23) zu antisemitischen Schmierereien und Aufklebern.
- Am 07.10.23 fand der größte Massenmord an Jüd:innen in Israel statt seit der Shoa, eine Zäsur. Der Angriff der Hamas ist durch nichts zu rechtfertigen.
- 34 antisemitische Straftaten wurden in Hannover in den ersten drei Wochen nach dem 07.10.23 erfasst. In Berlin und NRW ist die Entwicklung noch alarmierender. Jüdische Familien leben in Angst und zeigen sich nicht als jüdisch, auch ihre Kinder haben Angst deswegen, die Sicherheit ist bedroht. Jüdische Schüler:innen sind lange Zeit nur mit Polizeischutz in die Schule gegangen. Muslimische Schüler:innen brauchen den Polizeischutz nicht. Am 12.12.23 war das jüdische Chanukka-Fest, jüdische Einrichtungen schützen sich jetzt verstärkt, bringen ihre Sorgen zum Ausdruck, alte Traumata wirken fort und werden erneut geöffnet
- Solidarität mit jüdischen Menschen ist kein Angriff gegen Muslime. Es gilt unsere Demokratie zu schützen.
- Auf „pro-palästinensischen“ Demonstrationen wurden anti-israelische Positionen vertreten. Kritik an der israelischen Regierung ist nicht per se antisemitisch und legitim. Doch manche Parolen fordern die Auflösung des Staates Israel.
- Parteien wie AFD sehen sich durch Antisemitismus in migrantischen Milieus in ihrer (rassistischen) Politik bestätigt und erhalten mehr Zuspruch von Teilen der deutschen Bevölkerung. Von der Unsicherheit vieler Menschen will sie politisch profitieren.
- Antisemitismus gibt es von links, von rechts und aus der Mitte der Gesellschaft. Die klassischen Stereotype wie z.B. „jüdische Weltverschwörung“ und „Juden sind reich“ werden von Jugendlichen reproduziert. Diese Erzählungen kommen u.a. aus unkommentierten, unzensurierten Medien. Antisemitismus gehört verurteilt und bekämpft, unabhängig davon, wo er herkommt. Strafverfolgung und Bildung müssen jetzt aktiv werden.
- Woher beziehen Jugendliche ihre Informationen? Was wird Zuhause gekuckt? Es muss ein Fokus auf Jugendbildungsarbeit, Schulen gelegt werden. Aufklärung über Geschichte und Verfolgung der Jüd:innen. Demokratisierung vorantreiben.
- Aufklärung durch Betroffene sinnvoll, es gibt nur noch ca. 90 Holocaustüberlebende. Aber auch durch Fachleute, die u.a. das Thema Demokratieverständnis beleuchten. Niemand hat das Recht, die Existenz der anderen in Frage zu stellen.

- Die Liberal Jüdische Gemeinde hat Interesse an Austausch
- Das Existenzrecht Israels ist absolut unanfechtbar, deutsche Staatsräson. Wir machen bei RuTi keine Außenpolitik, sondern vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit 6 Millionen ermordeten Jüd:innen, ist es u.a. unsere Aufgabe, den Antisemitismus im hier und jetzt zu sehen, zu verurteilen und die Demokratie mit all ihren Grundwerten zu stärken.
- Das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza wird gesehen.
- Raum für betroffene Palästinenser:innen bieten, ihre Sorgen hören
- Pro-Palästina bedeutet nicht Pro-Hamas
- Der Terror der Hamas darf nicht als „Widerstand“ betitelt werden. Der weltweit zunehmende Islamismus ist bedrohlich für viele und vor allem für Israel.
- Wünschenswert: Dialog zwischen jüdischen und palästinensischen Gemeinden
- Vermischung von Religion und Politik in den Auseinandersetzungen
- Alle Formen von Diskriminierung sollten sichtbar gemacht werden
- Jüd:innen sind nicht verantwortlich für Politik in Israel
- Was kann RuTi tun? Fokus auf Situation in Hannover; der Lenkungskreis wird eine/n Referent:in einladen; weitere Ideen willkommen

Potentielle Referent*innen für das nächste RuTi-Plenum:

- Frau Rebecca Seidler (Liberale Jüdische Gemeinde)
- Liberale jüdische Gemeinde, wo wünschen sich die Mitglieder Unterstützung?
- Landespräventionsrat, z.B. Thomas Müller, Extremismusprävention, Herr Wolf hat Kontakte
- Amadeu Antonio Stiftung
- RIAS, Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus Niedersachsen, hier vor allem zu Zahlen und Fakten, (Trägerschaft liegt bei der Amadeu Antonio Stiftung)
- Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Prof. Dr. Gerhard Wegner, angesiedelt im Justizministerium
- Polizei

4) Wahl des neuen Lenkungskreises

Es stellen sich auf:

Peyman Javaher-Haghighi (kargah e.V.), in Abwesenheit
Lipi Mahjabin Ahmed, IIK e.V.
Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Dieter Räger, DGB Bezirk Hannover

Abstimmung des Plenums: 7 Stimmen dafür, 3 Enthaltungen, somit angenommen.
Fraktionsmitglieder sind nicht stimmberechtigt.

5) Bestimmung der Sitzungstermine in 2024

11.03.24, 16-18 Uhr
10.06.24, 16-18 Uhr
09.09.24, 16-18 Uhr
25.11., 16-18 Uhr

Zeitaufwand: mind. 8x Mal im Jahr treffen Lenkungskreis, 4x Mal RuTi

Ort: evtl. Neues Rathaus.

Einige finden den nächsten Termin angesichts der angespannten Situation zu spät.

6) Berichte aus den AGs

Keine

7) Berichte aus den Fraktionen:

Keine

Hinweis: alle Ratsfraktionen außer AFD wurden zur Sitzung eingeladen und sind inzwischen im Verteiler.

8) Verschiedenes

- Das Plenum lehnt die Partei „DIE HANNOVERANER“ als Teilnehmerin bei RuTi ab, da sie als rechtsextrem eingestuft wird.
- Gibt es einen Jahresbericht vom Lenkungskreis? Nein. Sollte einer installiert werden? Herr Räger gibt einen kurzen mündlichen Jahresbericht, das u.a. das geplante Nds. Antidiskriminierungsgesetz Thema war, Berichte aus der AG Unterbringung (Geflüchtete)
- Die Mailingliste ist offen für neue interessierte, Mail bitte an Sigmar Walbrecht
- Die Minijob-Stelle muss neu abgestimmt werden. Es ist möglich, dass eine andere Organisation diese Stelle besetzen möchte.
- JUFO (Junges Forum) macht im Januar Woche gegen Antisemitismus, Infos werden über den Verteiler geschickt
- Am 02.12. gab es eine Demonstration gegen die Verschärfung der Asylgesetze mit ca. 300 Personen, war ermutigend, GEAS-Reform, EU-Rat und Kommission haben schon zugestimmt, EU-Parlament muss noch zustimmen.
- Neues Netzwerk Kirchenasyl entstanden, weitere Informationen folgen

Nächster Termin: 11.03.24, 16-18 Uhr